

DOKUMENTATION UND ANALYSEN

Wird alles anders? Oder viel Lärm um nichts? Die britischen Parlamentswahlen vom 6. Mai 2010

Dan Hough und Justin Fisher

Selten hat eine Wahl zum Unterhaus des Vereinigten Königreichs mit derart vielen Möglichkeiten des Wahlausgangs und der Regierungsbildung zu fesseln gewusst wie die Wahl am 6. Mai 2010. Trotz der sang- und klanglosen Niederlage der Labour Party von Premierminister *Gordon Brown* gelang es den oppositionellen Konservativen unter der Führung *David Camerons* nicht, wie von den meisten Umfragen vorhergesagt, die Regierung allein zu bilden. Obwohl die Konservativen die stärkste Fraktion stellen (309 Sitze und damit ein Zugewinn von 97 Sitzen im Vergleich zu 2005) und Labour auf dem zweiten Platz landete (238 Sitze, bei einem Verlust von 91 Sitzen im Vergleich zu 2005), richteten sich alle Augen auf die drittstärkste Partei, die Liberaldemokraten (57 Sitze und damit entgegen der hohen Erwartungen fünf Sitze weniger als 2005), und deren Entscheidung, mit wem sie regieren wollte. Letztendlich entschieden sich *Nick Cleggs* Liberale dafür, sich mit den Konservativen zu verbünden. Nur sechs Tage nach der Wahl kam die Medienwelt damit in den Genuss einer fast surreal anmutenden Bekanntgabe der Koalitionsregierung im Rosengarten des Premierministers, bei der *Cameron* und *Clegg*, miteinander scherzend und lachend, der Welt das Stück der lange verloren geglaubten Freunde gaben.¹ Die erste britische Koalitionsregierung seit Generationen war im Amt und sah sich nun mit einem riesigen Haushaltsdefizit und der Aufgabe eines dringend benötigten wirtschaftlichen Neuanfangs konfrontiert.

1. *Cleggmania*, „Bigot-gate“² und Einsparungen ohne Ende

Obwohl der Vorwahlkampf lange von den unterschiedlichen Konzepten der Parteien zur Bekämpfung der Wirtschaftsrezession und des wachsenden Haushaltsdefizits dominiert war, standen während des eigentlichen Wahlkampfes schon bald drei Ereignisse im Mittelpunkt: die drei TV-Debatten mit den Vorsitzenden der drei stärksten Parteien. Insbesondere die erste schlug die Öffentlichkeit in ihren Bann: 9,4 Millionen Bürger schalteten ein, um den Beginn eines völlig neuen Kapitels der britischen Wahlkampfgeschichte zu verfol-

- 1 Vgl. David Cameron and Nick Clegg Pledge ‚United‘ Coalition, BBC News vom 12. Mai 2010, http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/election_2010/8676607.stm (Abruf am 22. Juli 2010).
- 2 Der Begriff „Bigot-gate“ bezieht sich auf die Beschimpfung einer Bürgerin von Seiten *Gordon Browns* vor laufender Kamera, die für seinen Wahlkampf um ein Haar vernichtende Folgen gehabt hätte. Vgl. *Polly Curtis*, Gordon Brown Calls Labour Supporter a ‚Bigoted Woman‘, *guardian.co.uk* vom 28. April 2010, <http://www.guardian.co.uk/politics/2010/apr/28/gordon-brown-bigoted-woman> (Abruf am 22. Juli 2010).

gen.³ Niemals zuvor war es zu einem solchen Schlagabtausch zwischen drei Parteivorsitzenden gekommen. Folglich war das öffentliche Interesse im Vorfeld der ersten 90-minütigen Debatte am 15. April außergewöhnlich hoch, dies war allerdings nichts im Vergleich zu den Reaktionen hinterher. Der Liberaldemokrat *Nick Clegg* hinterließ einen verblüffend starken Eindruck. Er wirkte nicht nur jung, unverbraucht und dynamisch, sondern auch intellektuell versiert und zudem willens und im Stande, über eine neue Art von Politik („a new politics“) zu reden, die sich von der bisherigen abheben sollte. Der Ausspruch, „I agree with *Nick*“, an diesem Abend mehrmals sowohl von *Brown* als auch von *Cameron* geäußert, schien zu bestätigen, dass *Clegg* und die Liberaldemokraten tatsächlich eine neue politische Kraft darstellten, deren Botschaft bei vielen Wählern auf Resonanz stieß. Der Erfolg des *Clegg*'schen Rufes nach einer neuen Politik fiel wohl auch deshalb auf besonders fruchtbaren Boden, weil sämtliche Umfragen schon seit längerem eine ausgeprägte Tendenz der Wähler zu Zynismus gegenüber der Politik und den Politikern zeigten, gefördert durch eine Reihe von Spesen-Skandalen etlicher Parlamentarier in den Jahren 2009 und 2010.⁴ So stiegen die Liberalen innerhalb weniger Stunden zum Herausforderer *Labour* um den Platz der zweitstärksten Partei auf, mit Umfragewerten jenseits der 25-Prozent-Marke. Vor allem Jungwähler waren von *Clegg* offenbar beeindruckt, und unzählige (Online-)Kampagnen bemühten sich umgehend, junge Wähler zu registrieren, um am 6. Mai Stimmen für ihn zu sichern.⁵

Dieser unerwartete Ausbruch von „Cleggmania“ hielt allerdings nicht ganz so lange an, wie es sich die Liberalen erhofft hatten. Obwohl die Umfragewerte stabil auf hohem Niveau blieben, schien *Clegg* weder in der zweiten noch in der dritten TV-Debatte zum verneinenden Schlag ausholen zu können. Ganz im Gegenteil: *Cameron*, der in der ersten Runde ein schwaches Bild abgegeben hatte, konnte sich danach fangen. Die meisten Umfragen verzeichneten nach dem dritten und letzten Fernsehduell auf dem Campus der University of Birmingham – eine Woche vor der Wahl – einen Sieg *Camerons*. *Gordon Brown* hingegen vermied den Super-Gau, und obwohl er in solch einem Format noch nie zu glänzen wusste, schien *Labour* nach den Umfragewerten nicht an den Folgen seiner eher glanzlosen Vorstellungen zu leiden.⁶ Die Stärke *Browns* lag vielmehr darin, sich als die sichere Variante zu verkaufen, auf die Verlass sei bei dem Bestreben, Großbritannien aus seiner durch die Bankenkrise ausgelösten wirtschaftlichen Notlage zu führen. Tatsächlich präsentierte sich der amtierende Premier als eine auch auf internationaler Bühne zentrale Figur bei der Suche nach einer Antwort auf die weltweite Krise. Er halte sich zudem, wenngleich vielleicht nicht so geschickt oder raffiniert wie seine Kontrahenten, für kompetenter, so Beobachter, wenn es um politische Strategien gehe.⁷ Dass sich *Labour* in den Umfragen zu

3 Vgl. *Jason Deans*, Leaders' Debate TV Ratings: 9.4m Viewers Make Clash Day's Biggest Show, guardian.co.uk vom 16. April 2010, <http://www.guardian.co.uk/media/2010/apr/16/leaders-debate-tv-ratings> (Abruf am 22. Juli 2010).

4 Vgl. *Alexandra Kelso*, Parliament on its Knees: MPs' Expenses and the Crisis of Transparency at Westminster, in: *Political Quarterly*, 80. Jg. (2009), H. 3, S. 329 – 338.

5 Vgl. *Dennis Kavanagh* / *Philip Cowley*, Cleggmania and Bigotmania: The National Campaign, in: *dies.* (Hrsg.), *The British General Election of 2010*, Basingstoke 2010.

6 Vgl. *Steven Fielding*, Labour's Campaign: Things Can Only Get ... Worse, in: *Parliamentary Affairs*, 63. Jg. (2010), H. 4, S. 653 – 666.

7 Vgl. *Tom Streithorst*, Gordon Brown – A Hero in America, at Least, in: *Prospect* vom 5. Mai 2010, <http://www.prospectmagazine.co.uk/2010/05/gordon-brown%E2%80%94a-hero-in-ame>

diesem Zeitpunkt auf mehr oder weniger stabilem Niveau eingependelt hatte, spricht dafür, dass diese Botschaft zwar nicht die Massen ansprach, aber immerhin einen zeitweise befürchteten Super-Gau Labours am Wahltag verhinderte. Und das trotz eines Zwischenfalls, bei dem *Brown* über eine Dame, die er während eines Wahlkampfeinsatzes auf den Straßen Rochdales im Großraum Manchesters getroffen hatte, vor laufender Kamera wüste Beschimpfungen ausstieß⁸, sowie der Veröffentlichung des Buchs eines renommierten Journalisten über *Browns* Kabinett, in dem schmerzhaft Enthüllungen über dessen Temperament, besser gesagt Wutanfälle, zu Tage traten.⁹ Tatsächlich machte *Brown* also das Beste aus seiner schlechten Ausgangsposition.

Das bestimmende Thema des Wahlkampfes war, nicht überraschend, die prekäre wirtschaftliche Situation des Vereinigten Königreichs. Aber selbst hier konnte sich keiner der Kandidaten sichtbar hervortun. Alle Parteien beschuldigten sich gegenseitig, mit ihren Wirtschaftsstrategien den zaghaften Aufschwung in Gefahr zu bringen, doch in Wahrheit beschäftigte sich keine mit der Kernproblematik, dem steigenden Haushaltsdefizit. Alle beteuerten, dass sie öffentliche Gelder effektiver einsetzen, Einsparungen vornehmen (obwohl sich alle scheuten, das Wort „cuts“ in den Mund zu nehmen) und das Herzstück („core“) des öffentlichen Diensts erhalten würden (ohne jedoch den Begriff „core“ näher zu definieren). Doch keine Partei wollte Details preisgeben. Somit hob sich das Thema quasi selbst auf, da sich zwar alle jeweils als „Partei des Vertrauens“ darstellten, jedoch keine detaillierten Reformprogramme zu umreißen wussten. Man hätte es den Wählern nicht übelnehmen können, wenn sie gelangweilt mit den Schultern gezuckt und sich gefragt hätten, was in aller Welt man davon halten solle.

Bei den wenigen programmatischen Unterschieden, die es in diesem Wahlkampf überhaupt gab, sah es zuerst danach aus, als ob die Konservativen profitieren könnten. Sie begannen den Wahlkampf mit kompromislosem Angriff auf die Pläne von Labour, die Versicherungsbeiträge zu erhöhen (beabsichtigt war, damit das Haushaltsdefizit zu verringern), was sie erfolgreich als gleichbedeutend mit dem Verlust von Arbeitsplätzen auszulegen wussten.¹⁰ Dank der Unterstützung aus Unternehmerkreisen schien der Versuch der Tories, sich als die Partei zu verkaufen, die den Herausforderungen gewachsen war, aufzugehen.¹¹ Ihr Wahlprogramm – das passenderweise im Elektrizitätswerk Battersea in Süd-London vorgestellt wurde¹² – war um mehr als 100 Seiten länger als das Programm von 2005, und auch die Botschaft vom Wandel erschien glaubwürdig. Doch selbst diejenigen, die den Konservativen wohlgesonnen waren, hatten einige Zweifel hinsichtlich der Kernbotschaft

rica-at-least/ (Abruf am 22. Juli 2010); *Paul Krugman*, Gordon Does Good, in: New York Times vom 12. Oktober 2008, S. 29.

8 Dort fiel das Wort „bigot“, vgl. *Polly Curtis*, a.a.O. (Fn. 2).

9 Vgl. *Andrew Rawnsley*, *The End of the Party*, New York 2010.

10 Vgl. *Jill Treanor*, Tories Hound Labour over National Insurance Increase, guardian.co.uk vom 5. April 2010, <http://www.guardian.co.uk/politics/2010/apr/05/national-insurance-labour-tories> (Abruf am 30. Oktober 2010).

11 Vgl. *Katie Allen*, Conservatives Claim Support of More Businessman in Campaign Against National Insurance Rise, guardian.co.uk vom 11. April 2010, <http://www.guardian.co.uk/politics/2010/apr/11/conservatives-businessmen-national-insurance-rise> (Abruf am 30. Oktober 2010).

12 Dieses Elektrizitätswerk, das in den 1960er Jahre Kultcharakter bekommen hatte und sich heute in einem jämmerlichen Zustand befindet, steht symbolisch für die Entwicklung Großbritanniens und wurde mit Bedacht von den Tories ausgewählt.

des Manifests – der so genannten „Big Society“. Nach *Cameron* sollte die Idee der Big Society den Durchschnittsbürger dazu ermutigen, die Initiative bei der Lösung sozialer Probleme selbst in die Hand zu nehmen. In seinen Augen würde die Übernahme von Postfilialen, Büchereien, Teilen des öffentlichen Verkehrswesens oder von Wohnungsbauprojekten (um nur einige Beispiele zu nennen) durch die Bürger die Gemeinden stärken. *Camerons* Enthusiasmus hinderte weder Befürworter noch Gegner, Fragen zur praktischen Umsetzung und zur Finanzierung zu stellen. Und tatsächlich gelang es den Konservativen nie wirklich, diese Fragen zu beantworten. Manche Wähler befürchteten, es handle sich um einen Trick, um die ideologisch motivierte Absicht, den Sozialstaat abzubauen, zu verschleiern. Selbst die vehementesten Befürworter hatten Probleme, die Idee der Big Society und ihre konkrete Umsetzung verständlich zu erklären.¹³

Die Labour Partei wiederum kämpfte vergeblich darum, dass ihr Programm ernst genommen wurde. Nach dreizehn Jahren an der Macht war es keine Überraschung, dass es an neuen politischen Ideen mangelte. Der Slogan „A Future Fair For All“ mag zwar die Zustimmung der britischen Bevölkerung gefunden haben, doch kaum eines der politischen Angebote zeigte große Wirkung: sei es das Versprechen, die Einkommensteuer nicht zu erhöhen oder den bisherigen Vaterschaftsurlaub zu verdoppeln, sei es die Initiative, jungen Familien zu Hausbesitz zu verhelfen oder die Umstrukturierung von Schulen und Krankenhäusern.¹⁴ Der Wahlkampf erfuhr eine komische Note, als am 30. April nur wenige Meter von der Stelle entfernt, an der *Gordon Brown* und weitere hochrangige Mitglieder der Labour Partei ein neues Wahlplakat enthüllten, ein Auto an einen Laternenpfahl fuhr.¹⁵ Für die führenden Kolumnisten der konservativen Presse war dieser Unfall der sinnbildliche Ausdruck für den Wahlkampf der Labour Partei.

2. Das Ergebnis: Langzeitveränderungen der Parteien?

Obwohl die meisten Umfragen im Vorfeld der Wahl ein so genanntes „Hung Parliament“ voraussagten (das heißt, keine Partei kann die Mehrheit der Sitze erringen), war die letztendliche Machtverteilung doch für viele eine Überraschung – trotz der Tatsache, dass das Wahlergebnis eigentlich der Stimmung der Wählerschaft entsprach. Die Tories verfehlten nicht die absolute Mehrheit, weil sie zu viele Stimmen an „Cleggmania“ verloren. Der Aufstieg *Cleggs* war vielmehr damit zu erklären, dass sie es in den vorausgegangenen Wochen und Monaten versäumt hatten, die britischen Wähler auf ihre Seite zu ziehen.¹⁶ Alle Anzeichen deuten tatsächlich darauf hin, dass die Briten von *Gordon Brown* genug hatten und zudem *David Cameron* bei ihnen gut ankam. Dasselbe kann allerdings nicht über die Partei, die von ihm geführt wird, gesagt werden. Viele Wähler waren sich nicht sicher, wofür die Tories nun

13 Vgl. *Martin J. Smith*, From Big Government to Big Society: Changing the State-Society Balance, in: *Parliamentary Affairs*, 63. Jg. (2010), H. 4, S. 818 – 833.

14 Vgl. *Sieven Fielding*, a.a.O. (Fn. 6).

15 Vgl. *Paul Lewis*, Car Crash Interrupts Labour Campaign, guardian.co.uk vom 30. April 2010, <http://www.guardian.co.uk/politics/2010/apr/30/car-crash-labour-poster-campaign> (Abruf am 30. Oktober 2010).

16 Vgl. *Tim Bale*, I don't Agree with Nick: Retrodicting the Conservative-LibDem Coalition, in: *Political Quarterly*, 82. Jg. (2011), H. 2 (im Erscheinen).

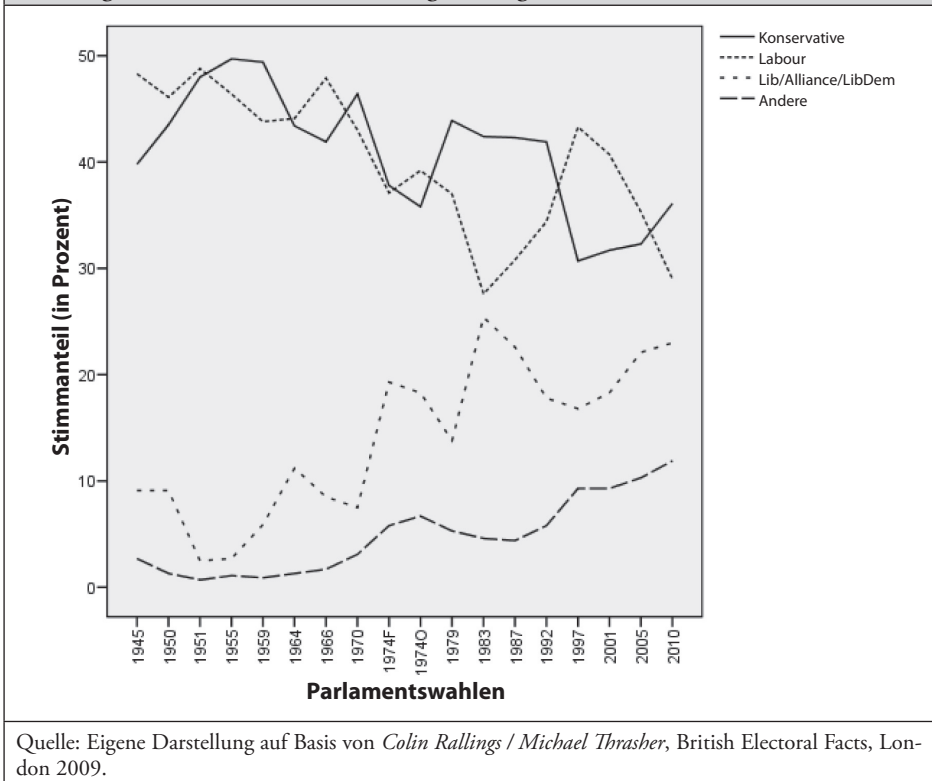
wirklich standen und in welche Richtung die Partei versuchen würde, *Cameron* zu treiben.¹⁷ Es gab einfach noch zu viele, die weiterhin ihre Zweifel hatten, ob man ganz besonders in diesen schweren Zeiten den Tories zutrauen konnte, die wirtschaftliche Situation zu verbessern, den öffentlichen Dienst zu erhalten und die Interessen des Durchschnittsbürgers angemessen zu berücksichtigen.

Tabelle 1: Die Parlamentswahl 2010 im Vereinigten Königreich im Vergleich zu 2005

Partei	Stimmenanteil (in Prozent)	Veränderung (Stimmenanteil)	Sitze	Veränderung (Sitze)
Konservative	36,1	+3,8	307	+97
Labour	29,0	-6,2	258	-91
Liberaldemokraten	23,0	+1,0	57	-5
Scottish National Party	1,7	+0,1	6	0
Plaid Cymru (Wales)	0,6	-0,1	3	+1
Andere	9,6	+1,4	19	-1

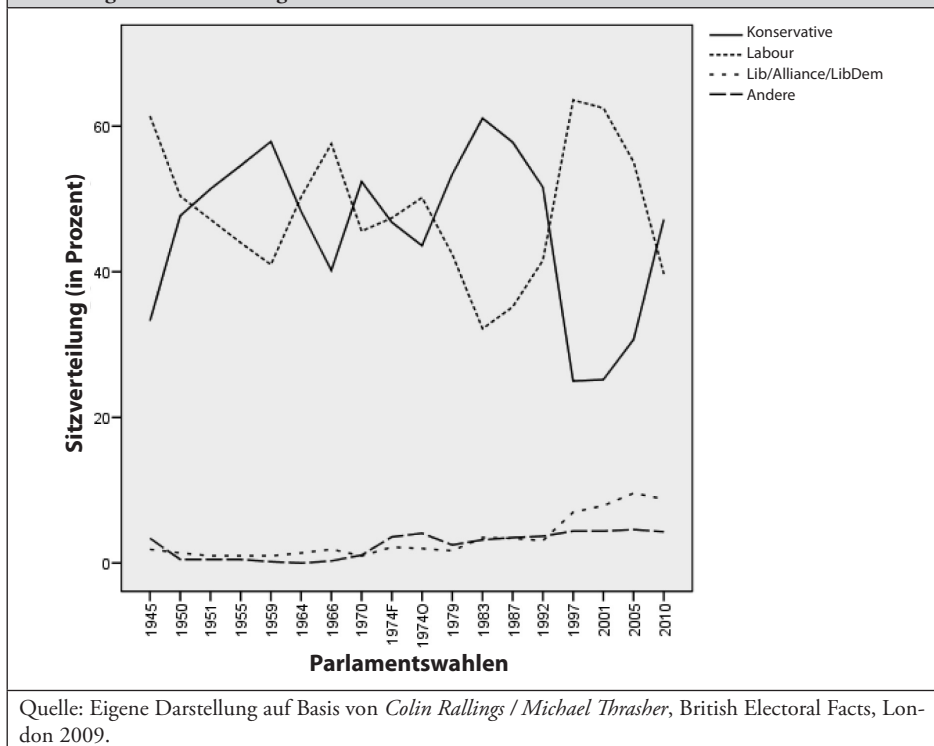
Quelle: <http://news.bbc.co.uk/1/shared/election2010/results/> (Abruf am 11. August 2010).

Abbildung 1: Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich, 1945 bis 2010



17 Vgl. *ders.*, *The Conservative Party from Thatcher to Cameron*, Cambridge 2010.

Abbildung 2: Sitzverteilung im britischen Parlament, 1945 bis 2010

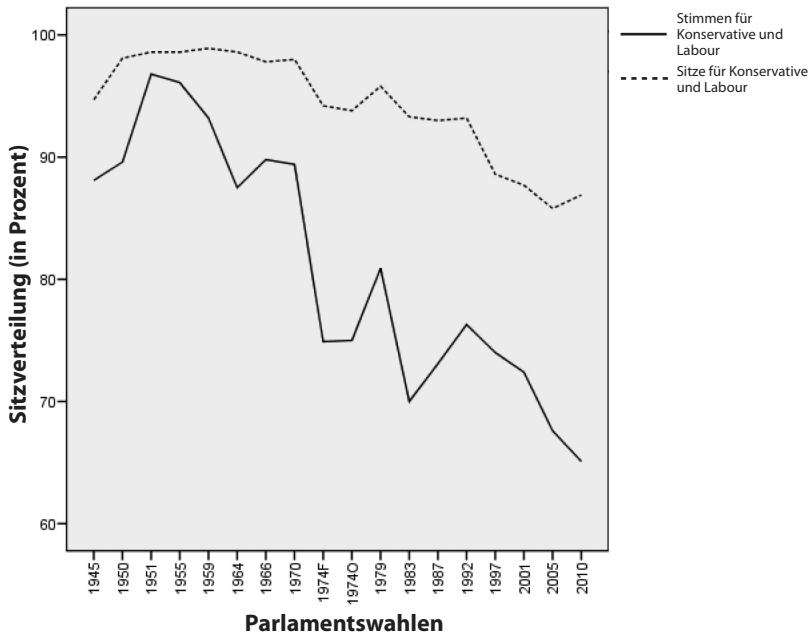


Die beiden großen Parteien zusammen verzeichneten den niedrigsten Stimmenanteil ihrer Geschichte (siehe Abbildung 1), während die Liberaldemokraten sich geringfügig steigern konnten (von 22 auf 23 Prozent), wobei das britische Mehrheitswahlssystem aus diesem Zugewinn fünf Sitze weniger als im Jahr 2005 machte. Die (rechts-)radikalen Parteien konnten einen unwesentlichen Zuwachs gegenüber 2005 verzeichnen, hatten aber dennoch keinerlei Chance auf den Einzug ins Parlament. Die United Kingdom Independence Party (UKIP) erhöhte ihren Stimmenanteil von 2,2 auf 3,1 Prozent, und die British National Party (BNP) kam von 0,7 auf 1,9 Prozent, trotz eines gezielten Wahlkampfes in einer Reihe von sozial benachteiligten Stadtgebieten, wo überwiegend die weiße Arbeiterschicht wohnte.¹⁸ Unter den kleineren Parteien konnten nur die Grünen mit einem bemerkenswerten Erfolg aufwarten: *Caroline Lucas* gewann den hart umkämpften Wahlkreis Brighton Pavilion und damit auch den ersten Sitz der Grünen in Westminster überhaupt.¹⁹

18 Vgl. *Dennis Kavanagh / Philip Cowley*, Fragmentation and Diversity: The Others, in: *dies.* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 5).

19 Vgl. Election: Green Party Gain First MP with Brighton Win, BBC News vom 7. Mai 2010, http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/election_2010/8666445.stm (Abruf am 29. Oktober 2010); siehe auch *David Denver*, The Results: How Britain Voted, in: *Parliamentary Affairs*, 63. Jg. (2010), H. 4, S. 588 – 606.

Abbildung 3: Wählerstimmen und Parlamentssitze von Konservativen und Labour Party, 1945 bis 2010



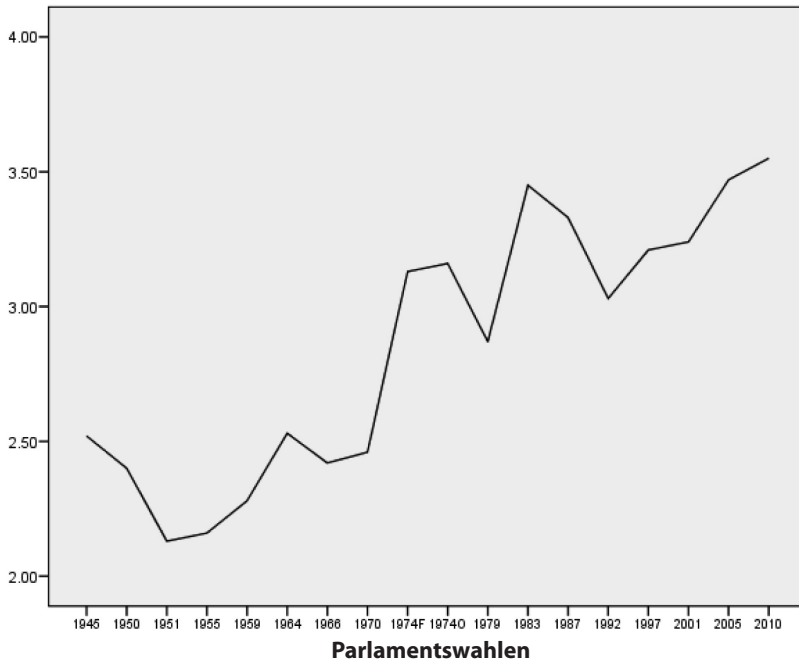
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von *Colin Rallings / Michael Thrasher*, *British Electoral Facts*, London 2009.

Obwohl sowohl Labour als auch die Konservativen im Laufe der letzten Wahlen Höhen und Tiefen erlebt haben, blieb ein Trend immer konstant: Sie dominieren die Parteienlandschaft nicht mehr in gleichem Maße, gemessen am Stimmenanteil, wie noch vor einiger Zeit. Die Liberaldemokraten haben sich um die 20-Prozent-Marke eingependelt, und weitere Parteien scheinen konstant an Stimmen zuzulegen. Das macht zwar noch keinen Strukturwandel aus, doch kleinere, ehemals unwichtige Akteure gewinnen zunehmend an Relevanz.

Wenn es um die Sitzverteilung geht, ist dieser Trend allerdings nicht mehr offensichtlich (siehe Abbildung 2 und 3). Hauptgrund dafür ist das einfache Mehrheitswahlsystem bei nationalen Parlamentswahlen. Es erlaubt Labour und den Konservativen weiterhin, von wenigen Ausnahmen – so auch bei der Wahl 2010 – abgesehen, mit einer nur relativen Stimmenmehrheit allein die Regierung zu stellen. Die starken Auftritte der Liberaldemokraten in den letzten Jahren konnten diese Tradition nicht nachhaltig durchbrechen.

Wie signifikant diese Veränderungen wirklich sind, lässt sich schwer beurteilen. Politikwissenschaftler bemühen sich im Allgemeinen, die Veränderungen in einem Parteiensystem anhand zweier Hilfsmittel zu berechnen: der effektiven Anzahl der sich zur Wahl stellenden (Effective Numbers of Electoral Parties = ENEP) oder der im Parlament vertretenen Parteien (Effective Number of Parliamentary Parties = ENPP). Ein Wert über 2,0 deutet auf das Ausmaß hin, in dem ein Mehrparteiensystem zur Norm geworden ist (je weiter das Ergebnis von zwei entfernt ist, desto differenzierter das Parteiensystem, wobei 3,0 die Existenz dreier effektiver Parteien bedeutet), während ein Wert unter 2,0 ein Parteiensystem be-

Abbildung 4: Effektive Anzahl der sich zur Wahl stellenden Parteien, 1945 bis 2010

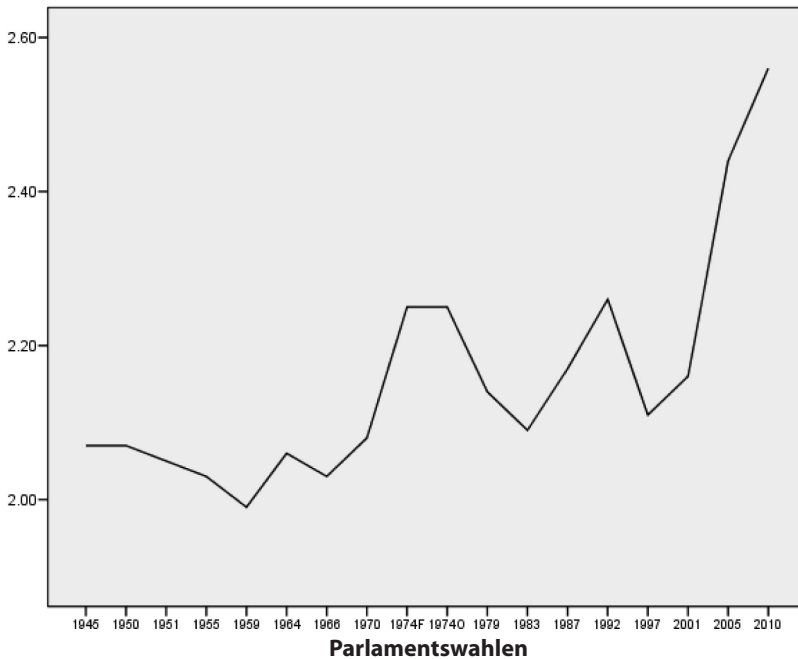


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von *Colin Rallings / Michael Thrasher*, *British Electoral Facts*, London 2009.

schreibt, das von einer Partei dominiert wird (ein Ergebnis von 1,0 spiegelt absolute Dominanz wider).

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war das Vereinigte Königreich in jeder Hinsicht ein Zwei-Parteien-System. Labour und die Konservativen gewannen die überwältigende Mehrheit sowohl der Stimmen als auch der Parlamentssitze. Bis einschließlich der Wahl 1970 betrug die effektive Anzahl der zur Wahl antretenden Parteien 2,5 oder deutlich weniger; bei den Wahlen in den 1950ern lagen die Werte nur geringfügig über 2,0. Die Daten sind noch eindeutiger bezüglich der Anzahl der effektiven Parteien im Unterhaus. In den späten 1950er Jahren waren alle anderen Parteien so gut wie bedeutungslos, und selbst in den 1960ern ergaben sich zumeist Werte, die, wenn überhaupt, nur geringfügig über 2,0 lagen. Ab 1970 lassen sich jedoch die Anfänge beträchtlicher Veränderung erkennen. Bei der ersten der beiden Wahlen des Jahres 1974 (im Februar) stieg die Anzahl der effektiven Parteien, die sich zur Wahl stellten, dramatisch und wuchs bei der darauffolgenden Wahl im Oktober noch weiter an. Die Werte von über 3,0 bei diesen Wahlen spiegeln nicht nur den Aufstieg der Scottish National Party (SNP) wider (die SNP erhielt in Schottland 21,9 Prozent im Februar und 30,4 Prozent im Oktober 1974), sondern zudem den Anfang vom Ende der Zwei-Parteien-Dominanz im Allgemeinen. Dass die ENEP-Werte 1979 wieder unter 3,0 fallen, hat mehr mit dem überwältigenden Erfolg *Margaret Thatchers* sowie mit dem Vertrauensverlust in die Labour Party zu tun (sowie in die Parteien, die in den 1970ern mit Labour zusammenarbeiteten) als mit einer Wiederherstellung der alten Ver-

Abbildung 5: Effektive Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien, 1945 bis 2010



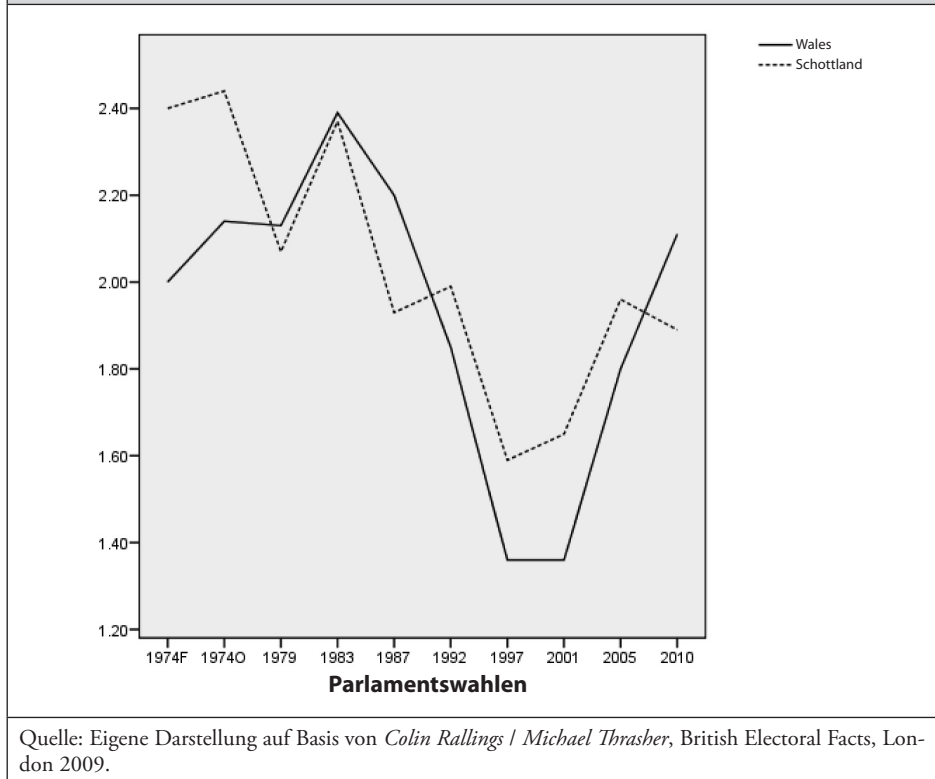
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von *Colin Rallings / Michael Thrasher*, *British Electoral Facts*, London 2009.

hältnisse. Ein plötzlicher Aufschwung auf knapp 3,5 im Jahre 1983 bestätigt diese These. Diese Zahlen haben Bestand bis in die 1990er und auch noch in den 2000er Jahren; die ENEP wächst bei jeder Wahl seit 1992 an. Dies deutet auf eine fundamentale Veränderung bei der Anzahl jener Parteien hin, die mit Aussicht auf Erfolg gegen die großen Parteien antreten können, sei es auf dem Gebiet territorialer Interessensvertretung (SNP in Schottland und Plaid Cymru (PC) in Wales) oder auf Grund inhaltlich konkurrierender politischer Programme (Liberaldemokraten).

Aufgrund der Launenhaftigkeit des einfachen Mehrheitswahlsystems ist nicht sofort ersichtlich, ob sich eine steigende Anzahl effektiver Parteien bei der Wahl in einem Anstieg effektiver Parlamentsfraktionen niederschlägt (ENPP). Dieser ist seit 1970 deutlich erkennbar. Besonders die Nationalisten wussten auf ihre Präsenz in Westminster erfolgreich aufmerksam zu machen; die beiden Wahlen von 1974 weichen insofern deutlich von allen vorangegangenen ab. In den folgenden zwei Jahrzehnten sind Fluktuationen zu beobachten: Die ENPP von 1983 unterscheidet sich kaum von den Werten der 1950er und 1960er – und das interessanterweise zu einer Zeit, in der sich die ENEP-Werte im Aufschwung befanden. Nach 1997 ist allerdings wieder ein deutlicher Anstieg auszumachen, und in den Jahren 2005 und 2010 sind sogar die mit Abstand höchsten ENPP-Werte aller Zeiten zu verzeichnen.

Die SNP und PC sind zweifelsohne stärker vertreten als jemals zuvor; ein Blick auf die Statistiken für Schottland und Wales zeigt aber auch, dass dieser Erfolg nicht einfach mit

Abbildung 6: Effektive Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien in Schottland und Wales, 1974 bis 2010



den Stimmenverlusten anderer Parteien zu erklären ist. Sowohl in Schottland als auch in Wales dominierte die Labour Party; und in vielerlei Hinsicht tut sie das noch immer. Auf der Höhe seines Erfolges gewann *Tony Blair* bei der Wahl 1997 über 50 Prozent der Stimmen in Wales für Labour und ebenfalls sehr respektable 45,6 Prozent in Schottland. Selbst 2010 schnitt die Partei in beiden Nationen sehr gut ab: Sie steigerte ihren Stimmenanteil auf 42 Prozent (von 38,8) in Schottland und verteidigte ihre Position als stärkste Partei in Wales, wenn auch mit einem niedrigeren Stimmenanteil (aber dennoch mit einem komfortablen Vorsprung von gut zehn Punkten vor den Konservativen).²⁰

Während Labour bei der Wahl in Schottland im Februar 1974 nur 3,7 Prozentpunkte vor den Konservativen lag, vergrößerte sich dieser Abstand über die nächsten Jahrzehnte bis hin zu einem Vorsprung von 25,3 Punkten 2010 als die Konservativen mit 16,7 Prozent nur viertstärkste Partei Schottlands wurden.²¹ Die SNP hingegen hat sich bei rund 20 Prozent stabilisiert, ohne allerdings die 30,4 Prozent der Wahl im Oktober 1974 jemals wiederholen zu können. Dennoch trägt die SNP als nun fester Bestandteil der schottischen

20 Vgl. *James Mitchell / Arno van der Zwet*, A Catenaccio Game: The 2010 Election in Scotland, in: *Parliamentary Affairs*, 63. Jg. (2010), H. 4, S. 708 – 725.

21 Vgl. ebenda.

Politik ihren Anteil zum Anstieg des ENEP im gesamten Vereinigten Königreich bei. Hinter dieser Erfolgsgeschichte steckt allerdings mehr als nur ein Anstieg der Anhängerschaft für die SNP, da die Wählerstimmen für die SNP nach der Wahl 1974 über zwei Jahrzehnte deutlich stagnierten.

Die Situation in Wales ist ähnlich. Labour bleibt stärkste Partei bei Parlamentswahlen, auch wenn ihre Beliebtheit 2010 mit 36,2 Prozent einen Tiefpunkt erreichte.²² Der Stimmenanteil der Konservativen blieb über die letzten Jahrzehnte relativ stabil um die 25 Prozent, während die Liberaldemokraten einen stetigen, wenn auch überschaubaren Anstieg auf nunmehr 20,1 Prozent verbuchen konnten. Ähnlich wie die SNP hinterließ Plaid Cymru einen ersten Eindruck auf der politischen Bühne im Jahre 1974, hatte allerdings im Gegensatz zur SNP nur schwache Verluste (2005 und 2010) oder Zugewinne (1997 und 2001) zu verzeichnen und bewegte sich immer um die Zehnprozentmarke des Stimmenanteils.

Wiederum sind die Zahlen der effektiven Parteien vielleicht noch aussagekräftiger (vgl. Abbildung 6). Die ENPP in Schottland erreichte ihren Zenit im Oktober 1974 mit Werten, die weit über dem Durchschnitt des gesamten Vereinigten Königreichs liegen. Allerdings geht es seither nur noch bergab. Während die ENPP-Werte für das gesamte Land in den 1990ern und 2000ern steigen, fallen sie im Jahr 1997 in Schottland auf rund 1,6 zurück und liegen damit einen ganzen Punkt hinter den Werten für das Vereinigte Königreich. 2005 steigen sie auf rund zwei, bevor sie 2010 wieder fallen. Die Situation in Wales ist in den Jahren 1997 und 2001 ähnlich. Die Werte von 1,3 beziehungsweise 1,4 in diesem Zeitraum belegen, dass die Labour Party die Politik der beiden Keltischen Nationen in einem Ausmaß dominierte, wie es ihr im ganzen Land nie gelang (2,1 beziehungsweise 2,2). Der plötzliche Anstieg der ENPP-Werte bei den letzten beiden Wahlen in Wales spiegelt den nationalen Trend wider, doch bleiben diese Werte weiterhin konstant unter dem dortigen Niveau.

3. Kontrahenten werden zu Verbündeten: das Entstehen der Koalition

In der Phase unmittelbar nach der Wahl gab es verständlicherweise ein gewisses Maß an Verwirrung, welche Parteien denn nun die neue Regierungskoalition bilden würden.²³ Die Politik befand sich auf unbekanntem Terrain: Die Automatismen von Koalitionsverhandlungen, der Entwurf eines Koalitionsvertrages, die Besetzung der verschiedenen Ministerposten und die Einigung auf eine neue Arbeitspraxis – in all diesen nun essentiellen Aufgaben waren die britischen Politiker und Bürokraten nicht geübt. Die Wahlarithmetik machte die Sache nicht einfacher. Viele hatten im Vorfeld der Wahl das Gefühl, dass eine Koalition zwischen Labour und den Liberaldemokraten die natürlichere Allianz sei, doch die beiden Parteien hätten nur mit der Unterstützung mehrerer kleiner Parteien gemeinsam regieren können. Die Tatsache, dass weder die Konservativen noch eine mögliche Koalition zwischen Labour und Liberalen eine Mehrheit der Sitze im Parlament erreichen konnte, führte zu der interessanten Frage, wer während der Übergangsphase Premierminister sein

22 Vgl. *Jonathan Bradbury*, Wales and the 2010 General Election, in: *Parliamentary Affairs*, 63. Jg. (2010), H. 4, S. 726 – 741.

23 Vgl. *Ruth Fox*, Five Days in May: A New Political Order Emerges, in: *Parliamentary Affairs*, 63. Jg. (2010), H. 4, S. 607 – 622.

sollte. *Cameron* und die Konservativen sprachen sich für einen sofortigen Rückzug *Browns* aus der Downing Street aus mit der Begründung, dass er die Wahl klar verloren habe, während *Brown* mit der Unterstützung von Verfassungsrechtlern argumentierte, dass er eine Verpflichtung habe, im Amt zu bleiben, bis sein Nachfolger gefunden und vereidigt sei.

Von dieser Problematik einmal abgesehen, hatten die Wähler deutlich gemacht, dass *Brown* zutiefst unbeliebt war und eine mögliche Koalition zwischen Labour und Liberalen nicht von ihm geführt werden könnte, was allen Beteiligten schon wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale klar war. Dennoch verstanden sich viele Liberaldemokraten als Teil des linken Politikspektrums und bemühten sich daher um eine Koalition mit Labour. Für ein solches Bündnis sprachen mehrere Faktoren. Die Liberalen waren der Ansicht, dass ihr Anliegen einer umfassenden Reform des Wahlsystems sich in Koalitionsverhandlungen mit Labour durchsetzen könnte, dass Labour ferner der geeignetere Partner für die Modernisierung und Verteidigung des öffentlichen Dienstes sei und zudem ein Großteil ihres progressiven Programms dort auf fruchtbaren Boden fallen würde. Die Sitzverteilung im Parlament ließ eine solche Koalition jedoch nur bedingt zu und erschien zudem unattraktiv, da sie keine stabile Regierung ermöglichen würde, die das Vereinigte Königreich in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage so dringend benötigte. Zudem gab es eine weithin unterschätzte Gruppierung in den Reihen der Liberalen, die eine Koalition mit den Konservativen auf Grund inhaltlicher Werte vorzogen – eine Tatsache, die viele Zeitungskolumnisten ignorierten.²⁴ *Nick Clegg* gehörte zu diesem Flügel, und so hatte sein Argument, dass es vernünftig sei, zuerst mit den Konservativen zu verhandeln, nicht nur damit zu tun, dass diese nun die stärkste Partei stellten.²⁵ Als diese Verhandlungen zu scheitern drohten, wurde schnell klar, dass die Gespräche mit Labour nur ein Mittel zum Zweck waren, die Konservativen zu mehr Zugeständnissen zu bewegen. Als sich beide Parteien dann auch noch auf ein Referendum über eine Reform des Wahlsystems einigten, wenn auch nur auf Basis der so genannten *Alternative Vote*²⁶, schien der Koalition nichts mehr im Weg zu stehen.

Innerhalb weniger Tage erklärte *Brown* der Queen im Buckingham Palace seinen Rücktritt. *David Cameron* zog in Downing Street ein, als jüngster Premierminister des Vereinigten Königreichs seit 1812 und zugleich als Vorsitzender der ersten Koalitionsregierung seit 1939. Im Zuge der „historischen und erdrutschartigen Veränderungen“ (*David Cameron*) in der britischen Politik übernahmen die Liberalen fünf, wenngleich vielleicht nicht entscheidende, Posten im Kabinett einer Regierung, die von *Clegg* als „mutig und reformorientiert“ beschrieben wurde. Sowohl *Cameron* als auch *Clegg* sprachen sich dafür aus, dass diese Regierung nicht nur eine kurzfristige Lösung bis zu vorgezogenen Neuwahlen sein sollte. Beide machten unmissverständlich klar, dass sie genug Gemeinsamkeiten sahen, um

24 Vgl. zum Beispiel *Mark Oaten*, Was Disraeli Right When He Said Britain Doesn't Like Coalitions?, in: *Political Quarterly*, 82. Jg. (2011), H. 2 (im Erscheinen).

25 Vgl. *Isabel Oakeshott* / *Jonathan Oliver* / *Marie Woolf*; *Nick Clegg*: I Will Not Prop Up 'Irrelevant' Brown, in: *Sunday Times* vom 25. April 2010, <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/politics/article7107300.ece> (Abruf am 29. Oktober 2010).

26 Unter dem System der „*Alternative Vote*“ wird, wie beim Mehrheitswahlsystem, ein Abgeordneter pro Wahlkreis gewählt. Zusätzlich kann der Wähler, entsprechend seiner Präferenz, eine Reihenfolge für die Kandidaten seines Wahlkreises festlegen. Derjenige Kandidat, der von den meisten Wählern als erste Präferenz angegeben wird, gewinnt den Wahlkreis. Vgl. auch den Beitrag von *Roland Sturm* in diesem Heft der ZParl.

die Regierung über fünf Jahre zusammenzuhalten. Mit einer Änderung der Parlamentsregeln stellten sie zudem sicher, dass das Unterhaus nur dann aufgelöst werden kann, wenn mindestens 55 Prozent der Abgeordneten zustimmen. Obwohl sich beide Parteien klugerweise darauf verständigten, Themen, die leicht zu internen Meinungsverschiedenheiten führen könnten, hinten an zu stellen, war das Reformprogramm der Regierungskoalition von erstaunlichem Umfang.²⁷ So einigte man sich darauf, bei den Ausgaben für den öffentlichen Sektor allein im Jahre 2010 sechs Milliarden Pfund einzusparen, die Zahl von Einwanderern aus Nicht-EU-Ländern zu begrenzen, in der kommenden Wahlperiode eine weitere Machtverschiebung Richtung Brüssel zu verhindern, die Hochschulfinanzierung zu überdenken und das derzeitige System von Steuerfreibeträgen und gänzlicher Steuerbefreiung zu überarbeiten. Wahrlich atemberaubend erscheint, dass sich alle Beteiligten innerhalb einer Woche auf all diese Details einigten und diese in einem 36-seitigen Dokument festgehalten werden konnten.²⁸

Die neue Regierung wird allerdings kein leichtes Spiel haben. Besonders die Liberaldemokraten werden schmerzhaft Kürzungen der öffentlichen Ausgaben sowie manche unbequeme Entscheidung in weiteren Bereichen, unter anderem der Hochschul- und Europa-Politik, in Kauf nehmen müssen. Zu beobachten, wie zwei so unterschiedliche Parteien zusammenarbeiten, um die außergewöhnlichen Herausforderungen trotz bestehender programmatischer Unterschiede anzugehen, wird mit Sicherheit alles andere als langweilig. Die unmittelbar nach der Wahl veröffentlichten Umfragen lassen darauf schließen, dass es die Liberalen am schwersten haben werden, ihre Wählerschaft zu halten.²⁹ Die Konservativen dagegen haben trotz eines von Sparmaßnahmen geprägten Haushalts, den die Regierung Ende Juni vorstellte, an Zustimmung gewonnen und lagen in den Tagen danach bei über 40 Prozent. Da man einer Regierungspartei gerade nach einem Regierungswechsel traditionell eine 100-Tage-Frist einräumt, ist dieses Ergebnis nichts Ungewöhnliches während die sinkenden Umfragewerte der Liberaldemokraten insofern erstaunen.

Es hat zudem den Anschein – wenn man sich auf die Umfragewerte vom Herbst 2010 verlassen kann³⁰ –, dass den Konservativen die Verabschiedung der „Comprehensive Spending Review“ (Haushaltsentwurf) vom 20. Oktober 2010 nicht geschadet hat, obwohl dieser drakonische Sparmaßnahmen beinhaltete.³¹ Zwar war klar, dass der Staat nur sparen konnte, wenn er sich zurücknahm. Die einschneidenden Kürzungen bei den Sozialausgaben und im öffentlichen Sektor (was unter anderem mittel- und langfristig einen Verlust von circa 490.000 Arbeitsplätzen zur Folge haben wird) waren dennoch ein politisch unglaublich riskantes Unterfangen.³² Im Gegensatz zu *Margaret Thatcher* in den frühen

27 Die Parteien verständigten sich darauf, sechs Kommissionen sowie 28 Arbeitsgruppen einzurichten, die sich mit den Themen und Problemen beschäftigen sollten, für die man bei den Koalitionsverhandlungen noch keine Lösung gefunden hatte.

28 Siehe für eine vollständige Version des Koalitionsvertrages, http://www.cabinetoffice.gov.uk/media/409088/pfg_coalition.pdf (Abruf am 30. Oktober 2010).

29 Im Mai und Juni fielen sie kontinuierlich bis auf 16 Prozent.

30 Vgl. UK Polling Report, <http://ukpollingreport.co.uk/blog/> (Abruf am 1. Dezember 2010).

31 Siehe HM Treasury, Spending Review 2010, http://cdn.hm-treasury.gov.uk/sr2010_completerep-report.pdf (Abruf am 30. Oktober 2010).

32 Vgl. *Patrick Wintour / Juliette Jowit*, Spending Review: Government Expects 490,000 Public Sector Job Cuts, [guardian.co.uk](http://www.guardian.co.uk/politics/2010/oct/19/spending-review-document-job-cuts) vom 19. Oktober 2010, <http://www.guardian.co.uk/politics/2010/oct/19/spending-review-document-job-cuts> (Abruf am 29. Oktober 2010).

1980er Jahren hat *Cameron* mit seinem Sparpaket die eigene Wählerklientel schwer getroffen, etwa durch das Streichen des allgemeinen Kindergeldes oder die gravierende Erhöhung der Studiengebühren. Die Argumentation mag wirtschaftlich sinnvoll erscheinen, die politischen Folgen aber hat der Mittelstand, traditionell Anhänger der Tories, zu tragen – ein politisches Risiko und ein Konflikt, aus dem *Cameron* nicht automatisch als Sieger, die Liberaldemokraten aber mit hoher Wahrscheinlichkeit als Verlierer hervorgehen werden. Wenn sich die wirtschaftliche Situation verbessert, werden es *David Cameron* und die Konservativen zu verstehen wissen, das Lob dafür einzuheimsen, diesen Aufschwung in die Wege geleitet zu haben. Wenn sich die wirtschaftliche Lage jedoch nicht verbessern sollte, liegt es nahe die Liberaldemokraten als die Schuldigen auszumachen, die sowohl die Regierungsarbeit behindern als auch die Interessen ihrer Wählerschaft begünstigen, die zu weiten Teilen im öffentlichen Dienst arbeitet.

Viele Wähler der Liberaldemokraten sind zudem grundsätzlich unzufrieden mit der Entscheidung ihrer Partei, sich eher nach rechts als nach links orientiert zu haben. Einige unterstützen sogar ein politisches Programm, das in vielen Punkten links von Labour einzuordnen ist (so unter anderem die Forderung nach einer Streichung der Studiengebühren und höheren Steuersätzen für Spitzenverdiener), während andere mit ihrer Stimme eher eine Abkehr von Labour zum Ausdruck bringen wollten als eine inhaltliche Unterstützung der Liberalen. Bis zur nächsten Wahl, die dank der Einführung einer festen Wahlperiode durch die neue Regierung nun auf den 14. Mai 2015 fällt, könnte sich also durchaus eine größere Zahl unzufriedener Wähler angesammelt haben. Falls es den Liberaldemokraten nicht gelingen sollte, eine Reihe ihrer Wahlziele erkennbar durchzusetzen, dürfte ihr Stimmenanteil deutlich geringer ausfallen. Der wohl bedeutendste Erfolg, und zudem in vielerlei Hinsicht ein zentraler Punkt für LibDem-Anhänger, wäre die Reform des Wahlsystems. Aber selbst hier sieht die Zukunft düster aus. Die Konservativen machten eindeutig klar, dass sie zwar ein Referendum über die Einführung der Alternative Vote tolerieren, sich aber offen gegen die Umsetzung einer Wahlreform einsetzen werden. Es ist daher alles andere als sicher, dass die Wahl im Mai 2015 auf der Grundlage eines neuen Wahlsystems abgehalten wird. Offen bleibt auch, ob nach der Reform tatsächlich von einem Verhältniswahlrecht gesprochen werden kann. Die nächsten fünf Jahre könnten *Nick Clegg* und seinem Team also zur ersten Bewährungsprobe werden.

4. Schlussfolgerung: Vorsicht vor Abgesängen

Die Wahl im Vereinigten Königreich 2010 wird aus den verschiedensten Gründen noch lange in Erinnerung bleiben. Das Ende einer 13-jährigen Labour-Regierung, die Einführung von TV-Debatten und das unerwartete Entstehen einer Koalitionsregierung sind nur drei dieser Gründe. Zudem verstärkte sich der Trend in Richtung eines Vielparteiensystems, selbst wenn die Ergebnisse in Schottland in eine andere Richtung weisen. Trotz seines Mehrheitswahlsystems ist Großbritannien heute ein Land, in dem kleine Parteien nicht mehr nur eine Rolle am Rande des politischen Geschehens spielen, sondern in einem noch nie dagewesenen Ausmaß Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen und noch nehmen werden.

Die Entwicklung seit dem 6. Mai 2010 warnt allerdings auch davor, die Dominanz von Labour und Konservativen als beendet zu betrachten. Unter der Führung *Gordon Browns*

war Labour fast genauso unbeliebt wie unter *Michael Foot* in den frühen 1980ern, und obwohl die Konservativen die Mehrzahl der Stimmen erhielten, hatte man nicht zwingend das Gefühl, dass nun ihre Zeit gekommen war. Keine der beiden Parteien wusste im Wahlkampf zu überzeugen. *Cameron* imponierte, aber es gab weiterhin Personen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Konservativen, die die Kampagne als wenig glanzvoll empfanden und der Meinung waren, dass die Partei dafür am Wahltag abgestraft wurde. In Anbetracht des erfrischenden Auftretens *Nick Cleggs* sowie der allgemeinen Politikverdrossenheit der Bevölkerung war zu erwarten gewesen, dass die großen Parteien erheblich schlechter abschneiden und sowohl *Cleggs* Liberaldemokraten als auch einige der kleineren Parteien stärker zulegen würden. Labour und Konservative werden die britische Politik wohl nie wieder so dominieren wie früher, doch, um ein Zitat *Mark Twains* abzuwandeln, wären „Berichte über [...] [ihren] Tod übertrieben“³³.

Umfragen unmittelbar nach der Wahl, die die Liberaldemokraten schon wieder unter 20 Prozent abrutschen sehen, veranschaulichen, wie schwierig es für eine dritte Partei ist, eine nachhaltige Wirkung auf die britische Politik zu erzielen. Auch wenn es zu früh ist, einen unumkehrbaren Abstieg der Liberalen zu diagnostizieren, so sind diese Ergebnisse doch als Warnschuss an alle zu verstehen, die schon das Ende des Zweiparteiensystems prognostizieren. In Wahrheit sind es aus der Reihe der etablierten Parteien die Liberaldemokraten, die bei der nächsten Wahl im Mai 2015 die schlechtesten Karten haben werden.

33 *Mark Twain*, Interview, in: *New York Journal* vom 2. Juni 1897.

Reform von Wahlsystem, Parlament und Kommunalverfassungen: Die Agenda der konservativ-liberaldemokratischen Koalition in Großbritannien

Roland Sturm

Das Vereinigte Königreich ist schon seit Jahrzehnten eine institutionelle Baustelle.¹ Mangels eines Verfassungstextes beziehungsweise dank der fortgeltenden Legitimationskraft der Parlamentssouveränität vollziehen sich Abbrucharbeiten relativ zügig und geräuscharm, und gegen die mangelnde Ästhetik institutioneller Anbauten erheben sich kaum Einwände. Pragmatische Lösungen nach dem Grundsatz, man solle nichts reparieren, was nicht wirklich Schaden erlitten hat, erhielten bisher stets den Vorzug vor kühnen Neubauten. Der Graben zwischen dem von der Wissenschaft immer wieder und im letzten Jahrzehnt immer häufiger vorgetragenen Wunsch nach der „großen Lösung“, das heißt einer geschriebenen Verfassung², und dessen Resonanz bei der Mehrheit der Abgeordneten in beiden Häusern des Parlaments ist tief. Dies bekam auch *Gordon Brown*, ein Anhänger der Idee einer ge-

1 Vgl. *Roland Sturm*, *Politik in Großbritannien*, Wiesbaden 2009, S. 48 f.

2 Für viele: „A new constitutional settlement, enshrined in a written constitution, is needed for a world that is new.“ (*Larry Siedentop*, *Britain needs much more than voting reform*, in: *Financial Times* vom 31. Mai 2010, S. 9.)